

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19

2. Versammlung 18.01.1898-04.02.1898

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

Protokolle

über die

Verhandlungen der 2. Versammlung

des

XXVI. Landtags

des

Großherzogthums Oldenburg.

Oldenburg, 1898.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (A. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogth. Oldenburg.

Vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 18. Januar 1898, Vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Hanken.

Auf Ersuchen des Oberregierungs-raths Dugend, welcher im Namen der Großherzoglichen Staatsregierung die Versammlung eröffnete, übernahm der Abg. Hanken als Alterspräsident den Vorsitz.

Derselbe begrüßte die Versammlung, wobei er der Freude des Oldenburger Volkes über die Geburt des Erbprinzen Ausdruck gab. Er gedachte alsdann des verstorbenen Registrators Kohde.

Auf Aufforderung des Alterspräsidenten erhob sich die Versammlung zum Zeichen ehrenden Andenkens von ihren

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 28. Sitzung der 2. Versammlung des 26. Landtags am 28. Januar 1898.

Groß.

Sitzen. Die Abgeordneten Wahlstedt und Hollmann wurden zu Schriftführern berufen.

Der vorgenommene Namensaufruf ergab, daß alle Abgeordneten erschienen waren bis auf die Abgeordneten Huchting, Meyer und Möhlmann; letzterer erschien kurze Zeit nachher.

Nachdem der Regierungs-Commissar die Mittheilung gemacht hatte, daß die förmliche Eröffnung des Landtags heute um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags stattfinden werde, wurde vom Alterspräsidenten die nächste Sitzung auf diese Zeit angesetzt und die Versammlung geschlossen.

2. Sitzung der 2. Versammlung des 26. Landtags am

Hollmann.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogth. Oldenburg.

Erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 18. Januar 1898, Vormittags 11¹/₂ Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Hanken, dann Präsident Groß.

Es erschien der Staatsminister Jansen, Excellenz, und eröffnete im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die zweite Versammlung des 26. Landtags mit der in Anlage A enthaltenen Rede.

Der Alterspräsident brachte sodann ein dreifaches Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog aus, in das die Versammlung lebhaft einstimmte.

Auf Antrag des Abg. Hoyer wurden durch Acclamation gewählt:

zum Präsidenten der Abg. Groß,

zum Vicepräsidenten der Abg. Schulze.

Desgleichen wurden die bisherigen Schriftführer Bur-
lage, Wahlstedt und Hollmann per Acclamation wieder-
gewählt.

Auf Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen, eine Deputation zur Begrüßung Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und des Erbgroßherzogs zu entsenden; die Auswahl der Deputirten wurde dem Präsidenten überlassen.

Der Präsident theilte sodann mit, daß die Nöhrungs-
Commission ersuche, derselben eins der Commissionszimmer
im Landtagsgebäude zu überlassen; auf Vorschlag des Präsi-
denten erklärt sich der Landtag damit einverstanden, daß
der Nöhrungs-Commission das Commissionszimmer N^o 1
bis auf Widerruf überlassen wird.

Sodann theilte der Präsident mit, daß der Abg. Huch-
ting bis Sonntag, und der Abg. Meyer auf 8 Tage um
Urlaub bitten; der Urlaub wurde genehmigt.

Auf Antrag des Abg. Jürgens wurden alsdann die
Aussschüsse in ihren alten Zusammensetzungen per Acclama-
tion wiedergewählt.

Von dem Regierungsvertreter, Oberregierungs-
rath Dugend, wurden dem Landtage die Originale der An-
lagen 1—25 (Anlage B) und einer vertraulichen nebst Ver-
zeichniß derselben und ein Schreiben des Großherzoglichen
Staatsministeriums, betr. Ernennung der Regierungs-Com-
missare, übergeben. Letzteres wurde zu den Acten genommen.

Die Eingänge 1—25, sowie die weiteren Eingänge
(Anlage C) wurden verlesen und erklärte sich der Landtag
mit der Verweisung derselben an die bezeichneten Ausschüsse
einverstanden.

Es wurde sodann beschlossen, daß die Berichterstattung
wie in früherer Weise durch zwei Accessisten erfolgen solle,
der Präsident wurde beauftragt, das Erforderliche zu ver-
anlassen.

Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung wird der
Präsident schriftlich mittheilen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. Sitzung der 2. Versammlung des 26. Landtags am
28. Januar 1898.

Groß.

Hollmann.

Landtagsprotokoll des XXVI. Landtags 1898



Anlage B.

Verzeichniß

der

Vorlagen für die 2. (außerordentliche) Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogthums.

Ordn.- N ^o .	Datum.	Gegenstand.
	1897	
1.	Novbr. 15	Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahn-Baufonds für die Finanzperiode 1894/96.
2.	Decbr. 1	Anderweite Organisation des Eisenbahnwesens.
3.	" 11	Gleiserweiterung auf dem Bahnhofe Carolinenfiel.
4.	" 11	Beschaffung von zwei Dienstwohnungen für Grenzaufseher zu Fedderwarderfiel.
5.	" 11	Herstellung einer Dienstwohnung für den Revierförster des Forstreviers Hatten.
6.	" 17	Befetzung der Stelle des Landtagsregistrators.
7.	" 18	Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskasse des Herzogthums Oldenburg nebst Vergleichung mit dem Voranschlage der Finanzperiode 1894/96.
8.	" 23	Gleisverlängerung auf dem Bahnhofe Zever.
9.	" 23	Beschleunigung des Neubaus des Mariengymnasiums in Zever.
10.	" 27	Anstellung eines zweiten administrativen Hilfsarbeiters bei der Großherzoglichen Eisenbahndirection.
11.	" 27	Weiterer Aufwand für Erdablagerung auf der Bahnstrecke Delmenhorst-Huchtingen.
12.	" 27	Anstellung eines ständigen Gehülfen des Landesökonomie-Commissars und Domainen-Inspectors beim Eintritt einer Vacanz in der Stelle dieses Beamten.
13.	" 27	Mittheilung einer Landesherrlichen Verordnung vom 23. December 1897, betreffend Abänderung des Artikels 22 §. 2 des Hausgesetzes für das Großherzogliche Haus vom 1. September 1872.
14.	" 31	Anstellung eines landwirthschaftlichen Beamten zur Förderung der Moorcultur im Herzogthum.
15.	" 31	Aufhebung des Brückengeldes bei der Gleschendorfer Wassermühle.
	1898	
16.	Januar 4	Gesetz für das Herzogthum Oldenburg, betreffend die Besteuerung des Wandergewerbes.
17.	" 4	Gesetz für das Fürstenthum Lüneburg, betreffend die Besteuerung des Wandergewerbes.
18.	" 4	Gesetz für das Fürstenthum Birkenfeld, betreffend die Besteuerung des Wandergewerbes.
19.	" 6	Gesetz für das Herzogthum Oldenburg, betreffend die Regelung der Schiffahrts- und strompolizeilichen Befugnisse auf der unteren Hunte.
20.	" 8	Durchstich der Hunte bei der Holler Bucht.
21.	" 10	Umbau des Bahnhofes Brake, Erweiterung des Bahnhofes Ahlhorn und Anlegung einer Kreuzungsstation in Neuenwege.
22.	" 10	Erweiterungsbauten für die Landungsanlagen auf Wangeroooge.
23.	" 10	Mittheilung zufolge §. 12 des Landtagsabschiedes vom 19. April 1897.
24.	" 12	Beschaffung von Diensträumen für das Hauptzollamt Brake und einer Dienstwohnung für den Oberzollinspector daselbst.
25.	" 13	Gesetz für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Zusatz zu dem Gesetz vom 22. April 1858, betreffend einige Bestimmungen über die Tragung der Lasten der evangelischen und katholischen Schulachten.

Notar

Anlage C.

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Petition des Carl Meyer in Bant, Adolfsstraße 3, betr. Rechtsschuß.
Petitionsauschuß. 2. Petition der Vorsitzenden der sieben Bürgervereine in Bant, Heppens und Neuende, betr. Errichtung eines Amts- und Amtsgerichtsbezirks Rüstringen.
Verwaltungsausschuß. 3. Petition des Pachmeisters Kolzner hies. und Genossen, betr. Aenderung des Gehaltsregulativs für die Eisenbahnbeamten vom 3. und 6. April 1894.
Eisenbahnausschuß. 4. Petition der kleinen Landwirthe der Gemeinden Goldenstedt und Lutten, betr. Erlaubniß zum ferneren Gebrauch schmalfeldiger Ackerwagen.
Verwaltungsausschuß. 5. Petition der Gemeinden Bant und Heppens, betr. Bildung eines Amts- und Amtsgerichtsbezirks Rüstringen.
Verwaltungsausschuß. 6. Petition der Bürger der Stadt und der Eingefessenen des Amts Sever, betr. Beschleunigung des Neubaus des Mariengymnasiums in Sever.
Finanzausschuß. 7. Zwei Petitionen der Eingefessenen des Amts Vechna, betr. Abänderung der Wegeordnung wegen der Radfelgenbreite.
Verwaltungsausschuß. | <ol style="list-style-type: none"> 8. Petition der kleinen Landwirthe der Gemeinde Bisbeck, betr. desgl.
Verwaltungsausschuß. 9. Petition der Vertreter der Schulacht Neuenwege-Neudorf, betr. Erhöhung der staatlichen Beihilfe zu den Kosten des im Jahre 1896 aufgeführten Schulbaues daselbst.
Petitionsauschuß. 10. Petition des Landwirths Heinr. Heddewig in Kattenesch bei Bremen, betr. Zurückübertragung von ca. 5 1/2 ha Land seiner Hoffstelle Sericho an die Schulacht Langwarden.
Petitionsauschuß. 11. Petition der Firma W. Plafmann & Co., Holzhandlung in Brake, betr. Auslegung und Anwendung des Gesetzes vom 24. Februar 1879, betr. Verminderung der durch den Eisenbahnbetrieb entstehenden Feuersegefahr.
Petitionsauschuß. 12. Petition der Oldenburgischen Landwirtschafts-Gesellschaft, Abtheilung Damme, betr. Fristverlängerung der Einführung einer allgemeinen Radfelgenbreite von 10 cm bei Acker- und Lastwagen.
Verwaltungsausschuß. |
|---|---|



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogth. Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 28. Januar 1898, Vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Groß.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Hollmann die Protokolle der beiden vorhergehenden Sitzungen. Die Protokolle wurden genehmigt.

Der Präsident theilt mit, daß die Landtags-Deputation von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge huldvoll empfangen worden sei und daß Seine Königliche Hoheit Höchstseinen Dank dem Landtage übermitteln lasse.

Sodann macht der Präsident die Mittheilung, daß die anwesenden Herren Accessisten Schild und Ahlhorn als Berichterstatter zugezogen seien, ferner daß die Petition der Firma W. Plafmann & Co. in Brake seitens des Petitionsausschusses an den Eisenbahnausschuß, sowie die Petition des Landwirths Heddewig in Rattenesch von demselben Ausschusse an den Verwaltungsausschuß zur Erledigung abgegeben sei, endlich daß bei der Großherzoglichen Staatsregierung der Antrag gestellt worden sei, den Landtag bis zum 5. Februar d. J. zu verlängern.

Der Landtag verzichtet auf die Verlesung der bereits bekannt gemachten Eingänge.

Der Präsident zeigt dem Landtage den Gegegenstand der Interpellation des Abg. Lübben, betr. Schädigung des II. Deichbandes, an.

Folgende Eingänge mit ihrer Verweisung an die Ausschüsse werden vom Präsidenten angezeigt:

1. Petition des Gemeinderathes der Gemeinde Dinklage, betr. Bau einer Eisenbahn von Lohne über Dinklage nach Quakenbrück.

An den Eisenbahnausschuß.

2. Gesuch der Mitglieder des Bürgermeistereirathes und der Gemeindevertretungen der Bürgermeisterei Herrstein um Errichtung eines Amtsgerichtes in Herrstein.
An den Justizauschuß.

Die Verweisung der Eingänge an die bezeichneten Ausschüsse wird genehmigt.

Runmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Seitens des Landtages wird auf die Verlesung der Berichte verzichtet.

1. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die schlüssige Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahn-Baufonds für die Finanzperiode 1894/96.

Berichterstatter Abg. Schulze.

Der Antrag des Ausschusses:

die betreffenden Nachweisungen nach Kenntnißnahme für erledigt zu erklären,

wird angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend Gleiserweiterungen auf dem Bahnhofe Carolinensiel.

Berichterstatter Abg. Wallrichs.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über Anlage 7, betreffend Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahn-Betriebskasse des Herzogthums in der Finanzperiode 1894/96.

Berichterstatter Abg. Thorade.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



4. Bericht des Eisenbahnausschusses zum Schreiben der Staatsregierung vom 23. December 1897, betreffend Verlängerung der Gleise auf dem Bahnhofe Seber.

Berichterstatter Abg. Möhlmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend budgetmäßige Anstellung eines zweiten administrativen Hilfsarbeiters bei der Großherzoglichen Eisenbahn-Direction.

Berichterstatter Abg. Möhlmann.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über Erdablagerung auf der Strecke Delmenhorst-Huchtingen.

Berichterstatter Abg. Schulte.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend den Umbau des Bahnhofes Brake, Erweiterung des Bahnhofes Ahhorn und Anlegung einer Kreuzungsstation in Neuenwege.

Berichterstatter Abg. Schulze.

Der Abg. Quatmann stellt folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle die zu den bezeichneten Ergänzungen und Verbesserungen der Bahnanlagen erforderlichen Mittel (insbesondere auch unter Absetzung der für die Erweiterung des Bahnhofes Ahhorn geforderten 68 000 *M.*) im Gesamtbetrage von 579 000 *M.* für 1898 bezw. 1899 zu Lasten des Eisenbahn-Baufonds bewilligen und sich damit einverstanden erklären, daß diese Summe, soweit erforderlich, im Wege der Anleihe für Rechnung des Eisenbahn-Baufonds aufgebracht wird.

Auf Antrag des Abg. Jürgens wird die Berathung vertagt.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses über Anlage 23, betreffend Erhebungen darüber, ob und wie viel Ersparungen in den persönlichen Ausgaben der Titel I und II der Eisenbahn-Betriebskasse zu ermöglichen sind.

Berichterstatter Abg. Koter.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

Berichterstatter Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag *Nr.* 1 wird angenommen; sodann werden die Anträge *Nr.* 1 bis 6 gemeinsam zur Berathung gestellt und angenommen. Der Antrag *Nr.* 7 wird vom Berichterstatter dahin berichtet, daß statt „Wochenmärkten“ gesetzt wird „und Wochenmärkten“. Die sodann gemeinsam berathenen Anträge *Nr.* 7 und 8 werden angenommen. Hierauf wird in die gemeinsame Berathung der Anträge *Nr.* 9, 10 und 11 eingetreten; dabei wird vom Berichterstatter der Antrag *Nr.* 10 in gleicher Weise wie der Antrag *Nr.* 7 berichtet. Die Anträge *Nr.* 9, 10 und 11 werden angenommen. Endlich werden die Anträge *Nr.* 12 bis 22 angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Morgen, Vormittags 8 Uhr, einzubringen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstenthum Lübeck, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

Berichterstatter Abg. Mahlfstedt.

Die Ausschußanträge *Nr.* 1 und 2 werden angenommen. Die Anträge *Nr.* 3 und 6 werden vom Berichterstatter dahin berichtet, daß statt „Wochenmärkten“ zu lesen ist „und Wochenmärkten“. Die Anträge *Nr.* 3 bis 15 werden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb der zu Ziffer 9 bestimmten Frist zu stellen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstenthum Birkenfeld, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

Berichterstatter Abg. Weigel.

Die Ausschußanträge *Nr.* 1 bis 18 werden angenommen. Anträge zur zweiten Lesung sind bis zu dem in Ziffer 9 besagten Zeitpunkte zu stellen.

12. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg, betreffend die Regelung der Schiffahrts- und strompolizeilichen Befugnisse auf der unteren Hunte.

Berichterstatter Abg. Hanken.

Der Antrag des Ausschusses: der Landtag wolle dem Entwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend Zusatz zu dem Gesetze vom 22. April 1858, betreffend einige Bestimmungen über die Tragung der Lasten der evangelischen und katholischen Schulachten.

Berichterstatter Abg. Tanzen.

Es wird vom Abg. Jürgens namentliche Abstimmung beantragt. Für den Antrag des Ausschusses stimmen die Abgeordneten Ahhorn, Alfs, Burlage, Dohm, Gerdes, Gramberg, Groß, Hanken, Hollmann, zur Horst, Hoyer, Huchting, Jungbluth, Kasch, Maas, Mahlfstedt, Möhlmann, Plagge, Roggemann, Schröder, Schulze, Schütz, Tanzen, Wallrichs, Weigel, Wild und Wilken. Es stimmen gegen den Antrag die Abgeordneten Feldhus, Jürgens, Kühling, Lübben, Meyer, Quatmann, Koter, Schulte, Thorade und Wenke.

14. Mündlicher Bericht des Petitionsausschusses über die Petition des Carl Meyer, Adolfsstraße *Nr.* 1 in Bant, betreffend Rechtsschutz.

Berichterstatter Abg. Schütz.

Der Antrag des Ausschusses: Uebergang zur Tagesordnung, wird angenommen.

15. Mündlicher Bericht des Gesamtvorstandes, betreffend Ernennung des Archiv-Registrators Tesenitz zum Landtags-Registrator.

Berichterstatter Abg. Mahlfstedt.

Der Antrag des Gesamtvorstandes:

der Landtag wolle sich mit der Ernennung des Archiv-Registrators Tesenitz zum Landtags-Registrator und mit der Festsetzung seiner Vergütung auf jährlich 600 M. in Gemäßheit der §§. 19 und 20 des Geschäftsordnung des Landtages einverstanden erklären,
wird angenommen.

16. Mündlicher Bericht des Petitionsausschusses über die Petition des früheren exped. Weichenwärters H. Drieling zu Osternburg, betreffend Gewährung einer jährlichen Unterstützung.

Berichterstatter Abg. zur Horst.

Der Antrag des Ausschusses:

Uebergang zur Tagesordnung,
wird angenommen.

17. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Ankauf eines Wohnhauses zu Fedderwardersiel zur Einrichtung zweier Dienstwohnungen für die daselbst stationirten Grenzaufseher.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses:

Annahme der Vorlage,
wird angenommen.

18. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Erbauung einer Dienstwohnung für den Revierförster des Forstbezirks Hatten.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses:

Annahme der Vorlage,
wird angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Beschleunigung des Neubaus des Mariengymnasiums in Fever.

Die Ausschlußanträge N. 1 und 2 werden angenommen.

20. Es folgt die Berathung einer vertraulichen Vorlage in geheimer Sitzung. Nachdem diese Berathung beendet war, wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt.

Der Abg. Plagge überreichte sodann den nachfolgenden von ihm gestellten, genügend unterstützten selbstständigen Antrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen:

Die aus der Wandergewerbesteuer für die Landeskasse des Herzogthums sich ergebende Einnahme ist als theilweiser Ersatz der Einnahme aus der staatlichen Weggeldshebung, welche — sofern die Finanzlage es irgend gestattet — vom Beginn der nächsten Finanzperiode an in Fortfall zu kommen hat, festzulegen.

Nach Verlesung des Antrages durch den Präsidenten beschloß der Landtag, den Antrag in Betracht zu ziehen und über ihn zu verhandeln, ohne daß eine vorgängige Begutachtung durch einen Ausschuß stattfindet.

Der Präsident zeigte hierauf dem Landtage den Gegenstand der Interpellation des Abg. Tanzen an über die

Petition der Vertreter der Butjadinger Sielacht an den 26. Landtag, betreffend die Verschlammung der Siel an der Nordküste Butjadingens. Diese Interpellation sowohl als die oben erwähnte des Abg. Lübben werden nach der Erklärung des ständigen Herrn Regierungsbevollmächtigten Oberregierungsrath Dugend in der morgigen Sitzung beantwortet werden.

Die Zeit der Sitzung setzte der Präsident auf Vormittags 10 Uhr fest.

Die Tagesordnung der Sitzung ist folgende:

1. Interpellation an die Großherzoglich Oldenburgische Staatsregierung, betreffend Schädigung des II. Deichbandes durch die Wefercorrection.
2. Interpellation an die Großherzogliche Staatsregierung über die Petition der Vertreter der Butjadinger Sielacht an den 26. Landtag, betreffend die Verschlammung der Siel an der Nordküste Butjadingens.
3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen
 1. der Gemeinden Bant und Heppens, Bildung eines Amtes und Amtsgerichts Rüstringen betreffend;
 2. der Bürgervereine zu Bant, Heppens und Neuenende, betreffend denselben Gegenstand.
4. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Beschwerde des Landwirths Heinr. Hedewig in Kattenech bei Bremen, betr. Zurückübertragung von ca. 5 $\frac{1}{2}$ ha Land seiner Hofstelle Sericho an die Schulacht Langwarden.
5. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Petition des Stadtmagistrats und des Stadtraths zu Wildeshausen, betreffend Abänderung von Vorschriften des Art. 44 Abs. 2 der revidirten Gemeindeordnung.
6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Oldenburgischen Landwirthschafts-Gesellschaft, Abtheilung Damme, betreffend Fristverlängerung der Einführung einer allgemeinen Radfelgenbreite von 10 cm bei Acker- und Lastwagen.
7. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Schulacht Osternburg-Neuenwege um Klarstellung der Frage, ob dieselbe verpflichtet werden kann, zu ihren nothwendigen Schulausgaben eine persönliche Umlage aufzubringen, die der 15monatlichen Einkommensteuer gleichkommt.
8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Anstellung eines ständigen Gehülfen des Landes-Deconomie-Commissars und Domainen-Inspectors beim Eintritt einer Vacanz in der Stelle dieses Beamten.
9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Anstellung eines landwirthschaftlichen Beamten zur Förderung der Moorcultur im Herzogthum.

- 10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Aufhebung des Brückengeldes bei der Gleichendorfer Wassermühle.
- 11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend den Durchstich der Hunte bei der Holler Bucht.
- 12. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Beschaffung von Diensträumen für das

- Hauptzollamt Brake und einer Dienstwohnung für den Oberzollinspector daselbst.
 - 13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Ankauf der zum vorbehaltenen Arongt gehörenden „Steinkreuzwiese“ an die Canalbauberwaltung.
- Schluß der Sitzung Nachmittags 1½ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der dritten Sitzung der 2. Versammlung des 26. Landtags am 29. Januar 1898.

Groß.

Burlage.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogth. Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 29. Januar 1898, Vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Groß.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Burlage das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Der Präsident schlug vor, Ziffer 12 der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da dieser Gegenstand mit dem Neubau des Bahnhof's Brake eng zusammenhänge und diese Vorlage erst in einer der nächsten Sitzungen berathen werden würde.

Der Landtag war mit diesem Vorschlage einverstanden.

Der Abg. Jürgens stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

Die Großherzogliche Staatsregierung ersucht der Landtag mit der Einführung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches auf die Einrichtung des Notariats für das Großherzogthum Bedacht zu nehmen.

Nach Verlesung des Antrages beschloß der Landtag, daß der Antrag in Betracht gezogen werden und dem Justizauschusse zur Vorberathung überwiesen werden solle.

Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten.

1. Interpellation an Großherzoglich Oldenburgische Staatsregierung, betreffend Schädigung des II. Deichbandes durch die Wesercorrection.

Nachdem der Abg. Lübben die Interpellation begründet hatte, verlas der Geh. Oberregierungs-rath Ahlhorn folgende Erklärung der Großherzoglichen Staatsregierung:

1. Nach dem zwischen Oldenburg und Bremen abgeschlossenen Staatsvertrage über die Ausführung einer Correction der Unterweser vom 22. November 1887 ist der Bremische Staat nicht verpflichtet, die Arbeiten zur Correction der Unterweser innerhalb einer bestimmten Frist zur Ausführung zu bringen. Im Uebrigen ist bei Gelegenheit der letzten Verhandlungen über Angelegen-

heiten der Wesercorrection von Bremischer Seite das ausdrückliche Versprechen abgegeben worden, die projectmäßige Ausbildung des rechten Weserufers unterhalb Dedesdorfs und die Arbeiten an der Großenfieler und Dedesdorfer Plate zur Ausführung zu bringen, sobald nur die von Preussischer Seite hiergegen erhobenen Bedenken beseitigt sein würden. Mit der Ausführung dieser Arbeiten ist vermöge der Schaffung schlanker Uferlinien eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse des linken Weserufers unterhalb Nordenhams zu erhoffen.

2. Nach dem vorliegenden maßgebenden technischen Gutachten kann nicht als erwiesen angenommen werden, daß durch die bisherigen Arbeiten der Wesercorrection eine Verstärkung des bereits seit langen Jahren fortschreitenden Abbruchs des linken Weserufers unterhalb Nordenhams verursacht sei, da nach dem Ergebnisse der angestellten Beobachtungen eine Vermehrung der im Strome sich bewegenden Wassermengen und eine Vergrößerung der Geschwindigkeit derselben zur Zeit nicht eingetreten ist; aus diesem Gesichtspunkte kann also eine Verpflichtung Bremens, dem II. Deichbande für die durch solche Uferabbrüche verursachten Schädigungen Ersatz zu leisten, nicht in Frage kommen. Der Oldenburgische Staat aber erscheint zu einer solchen Entschädigung nicht verpflichtet.

2. Interpellation an die Großherzogliche Staatsregierung über die Petition der Vertreter der Butjadinger Sielacht an den 26. Landtag, betreffend die Verschlammung der Siel an der Nordküste Butjadingens.

Nachdem der Abg. Tanzen die Interpellation begründet hatte, verlas der Geh. Oberregierungs-rath Ahlhorn folgende Erklärung:



Die vom Landtage mittelst Schreibens vom 24. Februar v. J. der Staatsregierung übersandte Petition der Vertreter der Butjadinger Sielacht betreffend die Verschlammung der Siele an der Nordküste Butjadingens, ist zunächst dem Vorstande der Butjadinger Sielacht zur Einsicht und mit dem Auftrage mitgetheilt, dem Sielachtsausschusse zu eröffnen, daß das Staatsministerium, da seitens der Butjadinger Sielacht ihm ein Antrag, wegen der Beeinträchtigung der Abwässerung aus ihren in das sog. kleine Fedderwarder Fahrwasser einmündenden Siele durch die Wesercorrection ihr entweder Entschädigung von Bremen zu erwirken oder ihr eine solche aus Staatsmitteln zu gewähren, bislang nicht zugekommen sei, bevor es auf diese Angelegenheit näher eintrete, einen motivirten Antrag der Sielacht in dieser Beziehung gewärtigen müsse.

Ein solcher Antrag ist vom Sielachtsvorstande mittelst Berichts vom 5./8. d. Mts. vorgelegt worden, und es ist nunmehr die technische Prüfung dieser Angelegenheit angeordnet.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen

1. Der Gemeinden Bant und Heppens, Bildung eines Amts und Amtsgerichts Rüstingen betreffend.
2. Der Bürgervereine zu Bant, Heppens und Neuende, betreffend denselben Gegenstand.

Berichterstatter Abg. Burlage.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Beschwerde des Landwirths Heurr. Hedde wig in Kattensch bei Bremen, betreffend Zurückübertragung von ca 5 1/2 ha Land seiner Hoffstelle Tericho an die Schulacht Langwarden.

Berichterstatter Abg. Gerdes.

Der Ausschußantrag:

Uebergang zur Tagesordnung, wurde angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Petition des Stadtmagistrats und Stadtraths zu Wildeshausen, betreffend Abänderung von Vorschriften des Art. 44 Abs. 2 der revidirten Gemeindeordnung.

Berichterstatter Abg. zur Horst.

Der Ausschußantrag:

Uebergang zur Tagesordnung, wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Oldenburgischen Landwirthschaftsgesellschaft Abtheilung Damme, betreffend Fristverlängerung der Einführung einer allgemeinen Radfelgenbreite von 10 cm bei Acker- und Lastwagen.

Berichterstatter Abg. Alfs.

Dem Vorschlage des Präsidenten, die Anträge *N* 1 und 2 gemeinschaftlich zur Berathung zu stellen, stimmte der Landtag zu.

Der Abg. Feldhus stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

Ich beantrage über sämtliche Petitionen betr. Verlängerung der Frist für Einführung der vergrößerten Radfelgenbreite zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wurde verlesen und vom Präsidenten sofort zur Berathung gestellt.

Der Abg. Gerdes stellte folgenden genügend unterstützten Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

der Großh. Staatsregierung zu empfehlen, die Einführung des Radfelgenbeschlages auf 10 cm Breite auf zwei Jahre hinauszuschieben.

Der Antrag wurde verlesen und vom Präsidenten sofort zur Berathung gestellt.

Der Abg. Sürgens stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Großh. Staatsregierung wird ersucht um den Erlaß einer Verfügung dahingehend, daß die in den Ausführungsbestimmungen zu der Wegeordnung vom 16. Februar 1895 im §. 20 Absatz 2 enthaltene Frist auf Grund eines Beschlusses der Amtsvertretung (Amtsrath) nach den jeweiligen Bedürfnissen des betreffenden Amtsbezirks verlängert werden kann.

Nach Verlesung des Antrags wurde er sofort in den Kreis der Berathung gezogen.

Der Abg. Schulze beantragte:

Schluß der Debatte.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Der Präsident schlug vor, zuerst über den Antrag Feldhus, im Falle seiner Ablehnung über den Antrag Sürgens, bei dessen Ablehnung über den Antrag Gerdes und bei dessen Ablehnung zuletzt über den Ausschußantrag abstimmen zu lassen.

Gegen diesen Vorschlag wurden Einwendungen nicht erhoben.

Der Abg. Alfs stellte den Antrag auf namentliche Abstimmung, nahm diesen jedoch mit Genehmigung des Landtags zurück. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der sämtlichen Verbesserungsanträge und Annahme der Ausschußanträge.

7. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Schulacht Ofternburg-Neuenwege um Klarstellung der Frage, ob dieselbe verpflichtet werden kann, zu ihren nothwendigen Schulausgaben eine persönliche Umlage aufzubringen, die der 15monatlichen Einkommensteuer gleichkommt.

Berichterstatter Abg. Tanzen.

Der Ausschußantrag:

Uebergang zur Tagesordnung, wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Anstellung eines ständigen Gehülfen des Landes-Deconomie-Commissars und Domainen-Inspectors beim Eintritt einer Vacanz in der Stelle dieses Beamten.

Berichterstatter Abg. Schröder.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Anstellung eines landwirthschaftlichen Beamten zur Förderung der Moorkultur im Herzogthum.

Berichterstatter Abg. Schröder.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Aufhebung des Brückengeldes bei der Gleschen-dorfer Wassermühle.

Berichterstatter Abg. Kasch.

Derfelbe berichtigte den Ausschußbericht dahin, daß auf Seite 64 Zeile 3 von unten die Worte „der gesammte Canon — — — bis Seite 65 Zeile 7 von oben — — 4164,50 M.“ fortzufallen haben und dafür einzusetzen seien die Worte „eine Entschädigung von 4164,50 M. bezahlt werden“.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend den Durchstich der Hunte bei der Holler Bucht.

Berichterstatter Abg. Quatmann.

Dieser berichtigte den Ausschußbericht dahin, daß es auf Seite 1 Abs. 1 a zu heißen habe statt „280 000 M.“ „250 000 M.“

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Ankauf der zum vorbehaltenen Krongut gehörenden „Steinkreuzwiese“ an die Kanalbauverwaltung.

Berichterstatter Abg. Schröder.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle:

1. zur Veräußerung der zum vorbehaltenen Krongut gehörigen Steinkreuzwiese seine verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen und
2. sich damit einverstanden erklären, daß von den Kaufgeldern der Betrag von 20 000 M. auf dem Wege der Anleihe beschafft und im Voranschlag der Kanal-Baukasse für 1898 unter

A. Einnahmen

I M. 16

verrechnet werden.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung auf Montag, den 31. Januar, Vormittags 11 Uhr, mit nachfolgender Tagesordnung an.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Gesetzentwurf für das Herzogthum

Oldenburg, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Gesetzentwurf für das Fürstenthum Lübeck, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.
3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Gesetzentwurf für das Fürstenthum Birkenfeld, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.
4. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung, betreffend die Regelung der schifffahrts- und strompolizeilichen Befugnisse auf der unteren Hunte.
5. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Zusatz zu dem Gesetze vom 22. April 1858, betreffend einige Bestimmungen über die Tragung der Lasten der evangelischen und katholischen Schulachten.
6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend Erweiterungen, Ergänzungen und Verbesserungen der Landungsvorrichtungen auf der Insel Wangeroog.
7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend die Verlängerung des Bahnsteigs auf dem Bahnhofe Langen um 70 m und Verbreiterung einer Brücke daselbst.
8. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Packmeisters Kolzner hieselbst und Genossen, betreffend Aenderung des Gehaltsregulativs für die Eisenbahnbeamten vom 3. und 6. April 1894.
9. Bericht des Finanzausschusses über die Petition, betreffend beständmäßige Herstellung der Lager Haase von Dinklage und Bafum.
10. Selbstständiger Antrag des Abg. Plagge, betreffend Festlegung der aus der Wandergewerbesteuer für die Landeskasse des Herzogthums sich ergebenden Einnahmen als theilweiser Ersatz der Einnahme aus der staatlichen Weggeldhebung.

Schluß der Sitzung 12¹/₂ Uhr Vormittags.

Genehmigt in der vierten Sitzung der 2. Versammlung des 26. Landtags.

Großs.

Mahlstedt.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogth. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 31. Januar 1898, Vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Grois.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Mahlstedt das Protokoll der vorigen Sitzung; dasselbe wurde genehmigt.

Der Präsident theilte mit, daß durch Höchste Verordnung (Anlage A) die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags bis zum 5. Februar d. J. verlängert sei.

Sodann theilte der Präsident mit, daß er dem Abg. Gerdes für Donnerstag und Freitag dieser Woche Urlaub ertheilt habe.

Nachdem vor Eintritt in die Tagesordnung Herr Regierungs-Commissar Dr. Driver das Wort zu einer Mittheilung über die Besteuerung des Wandergewerbes auf Märkten erhalten hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Gesetzentwurf für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Gesetzentwurf für das Fürstenthum Lübeck, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

Berichterstatter: Abg. Mahlstedt.

Nachdem der Berichterstatter ein berechtigtes Exemplar des Ausschußberichts zu den Acten zu übergeben sich verpflichtete, wurde der Ausschußantrag angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Gesetzentwurf für das Fürstenthum Birkenfeld, betreffend Besteuerung des Wandergewerbes.

Berichterstatter: Abg. Weitzel.

Nachdem der Berichterstatter ein berechtigtes Exemplar des Ausschußberichts zu den Acten zu übergeben sich verpflichtete, wurde der Ausschußantrag angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung, betreffend die Regelung der schiffahrts- und strompolizeilichen Befugnisse auf der unteren Hunte.

Berichterstatter: Abg. Hanken.

Der Ausschußbericht wurde dahin berichtet, daß es statt „Mündlicher Bericht u. s. w.“ heißen muß „Bericht u. s. w.“

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Zusatz zu dem Gesetze vom 22. April 1858, betreffend einige Bestimmungen über die Tragung der Lasten der evangelischen und katholischen Schulachten.

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Ausschußbericht ist erst heute eingegangen, mit Genehmigung des Landtags wird in die Berathung eingetreten, nachdem der Landtag auf die im §. 51 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Frist verzichtet hat.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend Erweiterungen, Ergänzungen und Verbesserungen der Landungsvorrichtungen auf der Insel Wangeroog.

Berichterstatter: Abg. Roggemann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.



7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend die Verlängerung des Bahnsteigs auf dem Bahnhofe Langen um 70 m und Verbreiterung einer Brücke daselbst.

Berichterstatter: Abg. Lübben.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Packmeisters Kolzner hieselbst und Genossen, betreffend Aenderung des Gehaltsregulativs für die Eisenbahnbeamten vom 3. und 6. April 1894.

Berichterstatter: Abg. Lübben.

Der Ausschußantrag:

Uebergang zur Tagesordnung, wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Petition, betreffend beständmässige Herstellung der Lager Haase von Dinflage und Batum.

Berichterstatter: Abg. Quatmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Selbstständiger Antrag des Abg. Plagge, betreffend Festlegung der aus der Wandergewerbesteuer für die Landeskasse des Herzogthums sich ergebenden Einnahmen als theilweiser Ersatz der Einnahme aus der staatlichen Weggeldhebung.

Vom Abg. Hoyer wurde folgender, genügend unterstützter Antrag überreicht:

Innerhalb 5 Jahren nach Fortfall der Weggelderhebung auf den staatlichen Chausseen muß die Weggelderhebung auf den Communalchausseen aufgehoben werden.

Dieser Antrag wurde verlesen und mit zur Berathung gestellt.

Bei Berathung des Antrags des Abg. Plagge gab Se. Excellenz Minister Heumann folgende Erklärung ab:

Der Antrag des Herrn Abg. Plagge ist zwar in seiner Tendenz klar, in Bezug auf das Verlangen dessen, was nach ihm zur Zeit schon geschehen soll, m. E. unklar.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der den 4. Februar 1898.

Grosz.

Gegen den Antrag habe ich unter der Voraussetzung nichts Besonderes einzuwenden, daß nicht durch denselben die Staatsregierung in ihren Entschliessungen über die Aufhebung des Chausseegeldes nach irgendwelcher Richtung hin gebunden werden soll.

Daß auch durch denselben dem nächsten ordentlichen Landtage in seinen Beschlüssen wegen des Weggelds nicht vorgegriffen werden soll, daß vielmehr durch denselben nur die Stellungnahme des zeitigen außerordentlichen Landtags zu der Frage der Weggeldsaufhebung dargelegt und der Staatsregierung kund gethan werden soll.

Freilich dürfte, wenn dies der Absicht des Antragstellers entsprechen sollte, der Antrag m. E. wohl überflüssig sein, denn der Staatsregierung ist die Ansicht des zeitigen Landtags wohl bekannt, und im Uebrigen hat sie ihr Versprechen in Betreff der Aufhebung des Weggelds nicht vergessen und wird sie es auch nicht vergessen.

Vom Abg. Plagge wurde darauf nachstehende Erklärung abgegeben:

Ich bestätige, daß der Antrag in dem Sinne aufzufassen ist, wie dies vom Herrn Minister des Näheren ausgeführt ist. Der Antrag hat lediglich den Zweck, der Regierung auf's Neue eine Anregung zu geben, die Weggeldhebung baldmöglichst in Fortfall kommen zu lassen, wie dies wiederholt vom Landtage gewünscht und von der Staatsregierung in Aussicht gestellt wurde.

Nach Schluß der Berathung wurde der Zusatzantrag des Abg. Hoyer abgelehnt und darnach der Antrag des Abg. Plagge mit 20 gegen 17 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident erklärte, daß die Zeit der nächsten Sitzung und die Tagesordnung den Abgeordneten schriftlich zugestellt werden würde.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

fünften Sitzung der 2. Versammlung des 26. Landtags,

Hollmann.



Verordn.

Anlage A.

Wir Nicolaus Friedrich Peter, von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lüneburg und Birkenfeld, Herr von Jever und Knipphausen &c. &c.,

verordnen hierdurch was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags wird bis zum 5. Februar d. J. verlängert.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beige druckten Großherzoglichen Insiegels.

Gegeben auf dem Schlosse zu Oldenburg, den 29. Januar 1898.

(L. S.)

(gez.) **Peter.**

Tanjen.

Tappenbeck.

Verordnung,
betreffend die Verlängerung des Landtags.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXVI. Landtags des Großherzogth. Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 4. Februar 1898, Vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Groß.

Der Schriftführer Hollmann verliest das Protokoll der vorigen Sitzung.

Das Protokoll wird genehmigt.

Der Präsident theilt mit, daß die Landtags-Deputation von Seiner Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog gnädigst empfangen worden sei und Höchstderselbe dem Landtage Seinen Dank übermitteln lasse.

Der Präsident macht ferner Mittheilung von dem Eingange eines Telegramms des Congresses des Centralverbandes Deutscher Händler, Markt- und Meßreisender.

Die eingegangenen selbstständigen Anträge des Abg. Plagge, betreffend Fortfall der Weggeldhebung, und des Abg. Lübben, betreffend eine staatliche Beihilfe von 3000 M. für den Verband der Züchter des schweren eleganten Kutschpferdes (nördlicher Zuchtverband), werden verlesen.

Der Landtag beschließt, daß die Anträge in Betracht gezogen und, ohne daß eine vorgängige Begutachtung durch einen Ausschuß stattfindet, zur Verhandlung kommen sollen, und zwar in der heutigen Sitzung.

Der Präsident setzt sodann den Antrag des Abg. Plagge als Punkt № 14, den Antrag des Abg. Lübben als Punkt № 15 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

Auf die Vorlesung der Ausschußberichte wird verzichtet.

1. Berichte des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend den Umbau des Bahnhofes Brake, die Er-

weiterung des Bahnhofes Ahlhorn und Anlegung einer Kreuzungsstation in Neuenwege.

Berichterstatter Abg. Schulze.

Die in dem jüngsten Antrage des Ausschusses enthaltene Ziffer „568 527“ wird dahin berichtigt, daß gesetzt wird „670 527“.

Mit Genehmigung des Landtags wird darauf an die Stelle des Ausschußantrages der folgende gesetzt:

1. Der Landtag wolle für den Umbau des Bahnhofes Brake M. 568 527 für 1898 bezw. 1899 zu Lasten des Eisenbahn-Baufonds bewilligen.
2. Der Landtag wolle für Erweiterung des Bahnhofes Ahlhorn M. 68 000 für 1898 zu Lasten des Eisenbahn-Baufonds bewilligen.
3. Der Landtag wolle für Anlegung einer Kreuzungsstation in Neuenwege M. 34 000 zu Lasten des Eisenbahn-Baufonds bewilligen.
4. Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß die gemäß Anlage 21 für Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen der Bahnanlagen bewilligten Mittel, soweit erforderlich, im Wege der Anleihe für Rechnung des Eisenbahn-Baufonds aufgebracht werden.

Der Abg. Quatmaan zieht mit Genehmigung des Landtags seinen in der Sitzung vom 28. Januar d. J. gestellten Verbesserungsantrag zurück.

Der Abg. Ahlhorn stellt folgenden Verbesserungsantrag:



Sch beantrage:

1. Falls bei dem Umbau des Bahnhofes in Brake Ersparnisse gemacht werden, diese zur Herstellung einer Ueberführung an der Neustadtsstraße zu verwenden.
2. Sollten wider Erwarten keine Ersparnisse gemacht werden, aus denen die Kosten einer Ueberführung an der Neustadtsstraße bestritten werden können, die Regierung zu ersuchen, bei dem nächsten ordentlichen Landtage die Bewilligung der Mittel zu einer Ueberführung zu beantragen.

Dieser Antrag findet nicht die erforderliche Unterstützung.

Der oben besagte neue Antrag des Ausschusses unter 1 kommt zur Abstimmung; es wird vom Abg. Jürgens namentliche Abstimmung beantragt. Für den Antrag stimmen die Abgeordneten Burlage, Dohm, Gramberg, Groß, Hanken, Hollmann, zur Horst, Hoyer, Huchting, Jungbluth, Kasch, Kühling, Lübben, Maas, Meyer, Möhlmann, Roggemann, Roter, Schröder, Schulte, Schulze, Schütz, Tanzen, Thorade, Wallrichs, Weizel, Wenke, Wild und Wilken; gegen den Antrag die Abgeordneten Alfs, Feldhus, Jürgens, Plagge und Quatmann.

Beurlaubt ist der Abg. Gerdes, bei der Abstimmung fehlen die Abgeordneten Mahlstedt und Ahlhorn.

Der neue Antrag des Ausschusses unter № 2, 3 und 4 wird angenommen. Endlich wird der am Schlusse des ersten Ausschussberichtes gestellte Antrag, betreffend einen Güterbahnhof in Osternburg, angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend Beschaffung von Diensträumen für das Hauptzollamt in Brake und einer Dienstwohnung für den Oberzollinspector daselbst.

Berichterstatter Abg. Wenke.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Berichte der Mehrheit und Minderheit des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend anderweitige Organisation des Eisenbahnwesens.

Berichterstatter der Mehrheit Abg. Hoyer, der Minderheit Abg. Schulze.

Die Anträge der Mehrheit und Minderheit des Ausschusses werden gemeinsam zur Berathung gestellt. Es wird namentliche Abstimmung von dem Abg. Hoyer beantragt. Zunächst kommt der Antrag der Minderheit des Ausschusses zur Abstimmung. Es stimmen für diesen Antrag die Abgeordneten Feldhus, Groß, zur Horst, Lübben, Möhlmann, Plagge, Schulze und Ahlhorn, gegen den Antrag die Abgeordneten Dohm, Gramberg, Hanken, Hollmann, Hoyer, Huchting, Jungbluth, Jürgens, Kasch, Kühling, Maas, Mahlstedt, Meyer, Quatmann, Roggemann, Roter, Schröder, Schulte, Schütz, Tanzen, Thorade, Wallrichs, Weizel, Wenke, Wild, Wilken, Alfs und Burlage. Für den Antrag der Mehrheit stimmen in nochmaliger, namentlicher Abstimmung die vorstehend zuletzt genannten

Abgeordneten, gegen den Antrag die übrigen vorgenannten Abgeordneten.

Ein Antrag des Abg. Meyer auf Schluß der Berathung wird angenommen und die Sitzung auf Nachmittags 4 Uhr vertagt.

Fortsetzung der Sitzung 4 Uhr Nachmittags.

Es wird in die weitere Tagesordnung eingetreten.

4. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend Abänderungen und Ergänzungen der Anlagen des Fischereihafens nebst Zubehör in Nordenham.

Berichterstatter der Mehrheit Abg. Roggemann, der Minderheit Abg. Schulze.

Der Antrag der Minderheit und der Antrag № 1 der Mehrheit werden gemeinsam berathen. Der Abg. Hoyer beantragt namentliche Abstimmung für den Antrag der Minderheit, der zuerst zur Abstimmung gebracht wird.

Es stimmen gegen den Antrag die Abgeordneten Gramberg, Hanken, Hollmann, Hoyer, Jungbluth, Jürgens, Kasch, Kühling, Maas, Mahlstedt, Meyer, Quatmann, Roggemann, Roter, Schröder, Schulte, Schütz, Thorade, Wallrichs, Weizel, Wenke, Wilken, Burlage und Dohm, für den Antrag die Abgeordneten Groß, zur Horst, Lübben, Möhlmann, Plagge, Schulze, Tanzen, Ahlhorn, Alfs und Feldhus.

Beurlaubt ist der Abg. Gerdes, bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten Huchting und Wild.

Sodann wird der Antrag der Mehrheit angenommen.

Endlich wird auch der gemeinsame Antrag der Mehrheit und Minderheit, nachdem in dem Antrage die Worte „die Hälfte“ ersetzt sind durch „40%“, angenommen.

(vergl. auch unten hinter Ziffer 6.)

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Firma W. Plafmann & Co. in Brake, betreffend Auslegung und Anwendung des Gesetzes vom 24. Februar 1879, betreffend Verminderung der durch den Eisenbahnbetrieb entstehenden Feuergefähr.

Berichterstatter Abg. Roggemann.

Der Präsident übergibt den Vorsitz dem Vicepräsidenten Schulze und stellt folgenden genügend unterstützten Antrag:

Sch beantrage:

Der Landtag wolle die Großherzogliche Staatsregierung ersuchen, der Firma W. Plafmann & Co. in Brake die Genehmigung zum Bau eines Holzschuppens gemäß dem von ihr am 8. April 1897 bei dem Großherzoglichen Amt eingereichten Gesuche zu ertheilen.

Der Antrag wird sofort mit dem Antrage № 1 des Ausschusses zur Berathung gebracht. Der Ausschufsantrag № 1 wird angenommen, der Verbesserungsantrag ist damit abgelehnt. Sodann wird der Ausschufsantrag № 2 angenommen.

Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Zellers Wehenpohl in Bühren und Genossen, betreffend Zahlung von Standgeld für zum Beladen bestellte Eisenbahnwagen.

Berichterstatter Abg. Wallrichs.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Nachträglich wird mit Genehmigung des Landtags der Antrag der Großherzoglichen Staatsregierung Ziffer 3 in der Vorlage 27 (vergl. *N.* 4 der Tagesordnung) angenommen.

7. Bericht der Eisenbahnausschusses über die Vorlage, betreffend Bewilligung von Mitteln, betreffend das Dienstgebäude der Locomotivschuppenanlage und einige Nebenanlagen.

Berichterstatter Abg. Schulte.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition, betreffend Bau einer Eisenbahn durch Butjadingen.

9. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Gemeinderaths der Gemeinde Dinklage, betreffend Bau einer Eisenbahn von Lohne über Dinklage nach Duakenbrück.

Punkte 8 und 9 der Tagesordnung werden gemeinsam berathen.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle beide Petitionen der Regierung als Material für etwa später in Aussicht zu nehmende Projectirung neuer Bahnanlagen überweisen, wird angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Petitionsausschusses über die Petition der Vertreter der Schulacht Neuenwege-Neudorf, betreffend Erhöhung der staatlichen Beihilfe zu den Kosten des im Jahre 1896 aufgeführten Schulbaus.

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle das Gesuch der Regierung zur Prüfung überweisen, wird angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Justizauschusses über die Petition der Mitglieder des Bürgermeistereiraths und der Gemeindevertretungen der Bürgermeisterei Herrstein, betreffend Errichtung eines Amtsgerichts in Herrstein.

Berichterstatter Abg. Schütz.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle in Erwägung, daß die in der Petition besagte Gelegenheit einer Verhandlung über die Ernennung eines dritten ordentlichen Richters für den Bezirk des Amtsgerichts Oberstein zur Zeit nicht vorliegt, über die Petition zur Tagesordnung übergehen,

wird angenommen.

12. Bericht des Justizauschusses über den selbststän-

digen Antrag des Abg. Jürgens, betreffend Errichtung des Notariats bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Berichterstatter Abg. Burlage.

Der Antrag des Ausschusses wird abgelehnt. Dagegen wird der Antrag des Abg. Jürgens angenommen.

13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Bauvereins Oldenburg, um Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Bauhätigkeit zu Gunsten von Genossen, welche im Dienste der Eisenbahnverwaltung stehen.

Berichterstatter Abg. Jürgens.

Dieser Gegenstand wird an die 16. Stelle der Tagesordnung verschoben.

14. Selbstständiger Antrag des Abg. Plagge, betr. Fortfall der Weggeldhebung.

Der Abg. Burlage stellt folgenden genügend unterstützten Antrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle den selbstständigen Antrag des Abg. Plagge in der Erwägung, daß zu dem Antrage keine sachliche Veranlassung vorliegt, ablehnen.

Dieser Antrag wird sofort mit zur Berathung gestellt. Es wird namentliche Abstimmung beantragt. Zunächst kommt zur Abstimmung der Antrag des Abg. Burlage. Es stimmen für den Antrag die Abg. Hanken, Hollmann, Jürgens, Kühling, Meyer, Möhlmann, Quatmann, Roggemann, Koter, Schulte, Schulze, Wallrichs, Wenke, Ahlhorn, Alfs, Burlage und Gramberg, dagegen die Abgeordneten zur Horst, Huchting, Rasch, Lübben, Maas, Mahlstedt, Plagge, Schröder, Schütz, Tanzen, Thorade, Weigel, Wild, Wilken, Dohm, Feldhus und Gross.

Beurlaubt ist der Abg. Gerdes; es fehlen bei der Abstimmung die Abgeordneten Hoyer und Jungbluth.

Da hiernach sich Stimmgleichheit ergeben hat, läßt der Präsident nach einer kurzen Pause die Abstimmung wiederholen. Es stimmen für den Antrag die Abgeordneten Jürgens, Kühling, Meyer, Möhlmann, Quatmann, Roggemann, Koter, Schulte, Schulze, Wallrichs, Wenke, Ahlhorn, Alfs, Burlage, Gramberg, Hanken und Hollmann, dagegen die Abgeordneten Rasch, Lübben, Maas, Plagge, Schröder, Schütz, Tanzen, Thorade, Weigel, Wild, Wilken, Dohm, Feldhus, Gross, zur Horst und Huchting.

Beurlaubt ist der Abg. Gerdes; es fehlen bei der Abstimmung die Abgeordneten Hoyer, Jungbluth und Mahlstedt.

Es ist somit der Antrag des Abg. Burlage mit 17 gegen 16 Stimmen angenommen.

15. Selbstständiger Antrag des Abg. Lübben, betr. staatliche Beihilfe in Höhe von 3000 *M.* für den nördlichen Pferdezüchterverband.

Der Antrag wird angenommen.



16. Es kommt der zur Ziffer 13 zurückgestellte Gegenstand zur Verhandlung.

Der Berichterstatter Abg. Sürgens erklärt, daß er im Einverständnisse mit dem Finanzausschusse den Antrag dahin ändere, daß das Wort „motivirten“ gestrichen werde.

Der Antrag wird in dieser Fassung angenommen.

Hiermit waren die Geschäfte der Landtagsversammlung

erledigt und erklärte der ständige Regierungs-Bevollmächtigte, Herr Oberregierungs-rath Dugend, im Namen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs die zweite Versammlung des XXVI. Landtages für geschlossen.

Der Präsident brachte sodann ein dreimaliges Hoch auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes am 5. Februar 1898.

Groß. Schulze. Burlage. Hollmann. Wahlstedt.

